



Quelle: Experten, KI

# DIW-Prognose: Deutschlands Wachstum hängt zunehmend am Staat

Ute Pappelbaum

**Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat seine Konjunkturprognose für Deutschland deutlich nach unten korrigiert. Für 2026 erwartet das Institut nur noch ein Wachstum von 0,5 Prozent, für 2027 von 0,8 Prozent. Im Frühjahr lagen die Erwartungen jeweils rund einen halben Prozentpunkt höher. Gleichzeitig warnt das DIW vor einem Negativszenario, in dem die deutsche Wirtschaft 2026 sogar um etwa 0,5 Prozent schrumpfen könnte.**

## Die eigentliche Botschaft lautet nicht schwächeres Wachstum, sondern veränderte Wachstumstreiber

Auf den ersten Blick wirkt die neue Prognose wie eine weitere Korrektur im üblichen Konjunkturzyklus. Tatsächlich zeigt sie jedoch eine strukturelle Verschiebung: Die deutsche Wirtschaft wächst nicht mehr aus eigener Dynamik heraus, sondern zunehmend durch staatliche Impulse.

Der Auslöser der aktuellen Abwärtsrevision ist der erneute Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs. Höhere Öl- und Gaspreise erhöhen die Inflation, schwächen die Kaufkraft privater Haushalte und belasten Unternehmen über steigende Produktionskosten. Das DIW erwartet deshalb eine technische Rezession mit leichten Rückgängen der Wirtschaftsleistung im zweiten und dritten Quartal.

Bemerkenswert ist jedoch die Diagnose der Berliner Ökonomen: Ohne zusätzliche Staatsausgaben würde Deutschland kaum noch Wachstum erzielen. Verteidigungsausgaben sowie Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität werden zum entscheidenden Stabilitätsanker. Die Konjunktur wird damit zunehmend fiskalisch getragen, während private Nachfrage und industrielle Dynamik hinter den Erwartungen zurückbleiben.

## Zwischen Investitionsstaat und Wettbewerbsproblem

Hier liegt die zentrale ordnungspolitische Spannung. Kurzfristig erscheint eine expansive Finanzpolitik plausibel. Die staatlichen Investitionen stabilisieren Beschäftigung, Nachfrage und Erwartungen in einer Phase geopolitischer Unsicherheit.

Langfristig lösen sie jedoch nicht die Ursachen der Wachstumsschwäche. Das DIW verweist selbst auf die strukturellen Belastungen: sinkende industrielle Wettbewerbsfähigkeit, hohe Produktionskosten, demografischer Wandel und schwache Investitionsdynamik. Diese Faktoren begrenzen das Potenzialwachstum unabhängig von der aktuellen Energiekrise.

Die Gefahr besteht darin, dass staatliche Ausgaben zwar die Konjunktur stabilisieren, aber notwendige Anpassungen überdecken. Je stärker Wachstum von öffentlichen Mitteln abhängt, desto wichtiger wird die Frage, ob tatsächlich zusätzliche Investitionen entstehen oder lediglich bestehende Haushaltspositionen umetikettiert werden.

Genau darauf weist das DIW hin. Bleiben die Mittelabflüsse aus den Sondervermögen hinter den Erwartungen zurück oder ersetzen sie lediglich ohnehin geplante Projekte, verpufft ein erheblicher Teil des erhofften Wachstumsimpulses.

## Steigende Defizite als Preis der Stabilisierung

Die fiskalische Stützung erfolgt nicht ohne Kosten. Das gesamtstaatliche Defizit soll von 2,8 Prozent des BIP im Jahr 2025 auf 3,9 Prozent im Jahr 2026 und 4,3 Prozent im Jahr 2027 steigen.

Damit verschiebt sich die wirtschaftspolitische Debatte. Während in den vergangenen Jahren die Schuldenbremse im Mittelpunkt stand, rückt nun die Effizienz staatlicher Ausgaben in den Vordergrund. Entscheidend ist weniger die Höhe der Mittel als deren produktive Wirkung auf Investitionen, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Gleichzeitig bleibt die Inflation mit prognostizierten 2,9 beziehungsweise 3,0 Prozent über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank. Die Kombination aus schwachem Wachstum, steigenden Preisen und höheren Staatsdefiziten erinnert an ein Umfeld, in dem wirtschaftspolitische Spielräume enger werden.

## Konsequenzen für Versicherer und Finanzvertriebe

Für Versicherer und Finanzvertriebe dürfte sich das Beratungsumfeld spürbar verändern. Die Kombination aus schwachem Wachstum, anhaltender Inflation und einer auf 6,4 Prozent steigenden Arbeitslosenquote erhöht die wirtschaftliche Unsicherheit vieler Haushalte. Gleichzeitig

sinkt die finanzielle Flexibilität, während Preisbewusstsein und Kostenkontrolle an Bedeutung gewinnen.

Historische Erfahrungen aus der Finanzkrise, der Corona-Pandemie und der Energiekrise 2022/23 zeigen, dass Verbraucher in solchen Phasen Liquidität, Planungssicherheit und Einkommensschutz höher gewichten als zusätzliche Renditechancen. Wirtschaftliche Unsicherheit verändert damit nicht zwingend die Nachfrage nach Finanz- und Versicherungsprodukten insgesamt, wohl aber die Prioritäten der Kunden.

Für Vermittler bedeutet dies eine Verschiebung der Beratungsschwerpunkte. Die Absicherung existenzieller Risiken – etwa durch Berufsunfähigkeits-, Risikolebens- oder Krankenzusatzversicherungen – gewinnt an Relevanz. Gleichzeitig steigt die Bedeutung nachvollziehbarer und glaubwürdiger Beratung, weil Kunden größere finanzielle Entscheidungen unter unsicheren Rahmenbedingungen treffen müssen.

Die eigentliche Herausforderung für die Branche liegt damit in der Anpassung an veränderte Kundenprioritäten. In einem Umfeld schwachen Wachstums gewinnen Aspekte wie finanzielle Stabilität, Transparenz und Risikomanagement an Bedeutung.

## Wachstum wird zur Vertrauensfrage

Die DIW-Prognose markiert weniger eine konjunkturelle Delle als einen Hinweis auf die veränderte Architektur des deutschen Wachstumsmodells. Die Wirtschaft wird kurzfristig durch staatliche Ausgaben stabilisiert, während private Investitionen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit nicht ausreichend Kraft entfalten.

Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob Deutschland 2026 um 0,5 oder 0,8 Prozent wächst. Entscheidend ist, ob die fiskalischen Milliarden produktive Investitionen auslösen oder lediglich die Schwäche des privaten Sektors kaschieren. Wachstum entsteht dauerhaft nicht durch höhere Staatsausgaben allein, sondern durch das Vertrauen von Unternehmen und Haushalten in die künftige Ertragskraft des Standorts.

Einordnung auf Basis von Analysen des DIW Berlin, der Deutschen Bundesbank, des GDV, der R+V-Studie „Die Ängste der Deutschen“, des Allianz Global Wealth Report sowie aktueller Sigma-Studien von Swiss Re.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950266/diw-wachstumsprognose-deutschland-staatsausgaben-konjunktur/>